

Klare Zeichen für eine Stärkung bürgerschaftlichen Engagements

Eine freie Demokratie lebt von aktiven Bürgerinnen und Bürgern und gerade Liberale begrüßen Bürgersinn und Bürgerinitiative und wollen diese unterstützen und fördern. Es gehört zu den Grundüberzeugungen der FDP, dass freiwilliges, ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen immer staatlich organisierten Pflichtdiensten vorzuziehen ist. Nicht zuletzt deshalb haben sich die Liberalen bereits in der Vergangenheit dezidiert für einen Ausbau der Freiwilligendienste und für bessere Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft ausgesprochen. Daher ist die Verkürzung der Wehrpflicht von neun auf sechs Monate für uns Liberale ein Schritt in die richtige Richtung, denn durch diese Verkürzung haben die betroffenen jungen Männer drei zusätzliche Monate persönliche Freiheit gewonnen.

Trotzdem setzt sich die FDP weiterhin für die Aussetzung der Wehrpflicht ein. Entsprechende Überlegungen treffen auf unsere Zustimmung. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist jedoch immer noch nur eine von mehreren Varianten einer Bundeswehrstrukturreform, die diskutiert werden. Daher trägt die teilweise mit großer Aufregung geführte Debatte um den Zivildienst sowie um das jüngst vorgestellte Konzept eines freiwilligen Zivildienstes geradezu akademische Züge. Es ist richtig, diese Debatten zu führen, weil sie notwendig sind. Aber es muss nichts überstürzt werden. Mit einer Aussetzung des Wehrdienstes fiel auch der Zivildienst weg. Dies ist aber kein Grund, in unnötigen Alarmismus zu verfallen. Ein möglicher Wegfall des Zivildienstes wäre keine sozialpolitische Katastrophe. Die Zivildienstleistenden machen heute rund 1,8 Prozent aller Beschäftigten im Sozialbereich aus und ihre Zahl hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als halbiert, ohne dass es zu sozialpolitischen Verwerfungen gekommen wäre.

Die FDP-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass der Wegfall des Zivildienstes verkraftbar ist. Hierzu müsste allerdings die Attraktivität freiwilligen Engagements deutlich gesteigert werden. Für uns Liberale haben die Freiwilligendienste als Lernort für bürgerschaftliches Engagement eine große Bedeutung. Denn sie tragen dazu bei, die Bildungsfähigkeit von Jugendlichen zu verbessern, und geben jungen Menschen die Möglichkeit zur persönlichen und beruflichen Orientierung. Auf diese Weise sorgen sie für einen großen Mehrwert für unser Gemeinwesen und ermöglichen es den Engagierten zugleich, sich im Rahmen des Freiwilligendienstes selbst zu verwirklichen und die eigenen Fähig- und Fertigkeiten weiterzuentwickeln.

Welche enorme Bedeutung das bürgerschaftliche Engagement für unsere Gesellschaft hat, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass sich rund 23 Millionen Menschen in Deutschland als Trainer in Vereinen, als Vorleser und ehrenamtliche Betreuer in Kindergruppen, als ehrenamtliche Fahrer von Altentransporten oder als Freiwilligendienstleistende in sozialen Brennpunkten, Jugendclubs und Schülertreffs engagieren. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, der zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft und dem demografischen Wandel wird es in Zukunft noch wichtiger sein, gerade junge Menschen für das bürgerschaftliche Engagement zu begeistern und sie auf die vielfältigen Engagementformen aufmerksam zu machen.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat vorgeschlagen, einen bundesweiten freiwilligen Zivildienst mit staatlicher Förderung zu schaffen. Dieser soll im Fall einer Aussetzung der Wehrpflicht eingerichtet und durch das Bundesamt für den Zivildienst verwaltet werden.

Das Konzept zeigt, dass in der christlich-liberalen Koalition darüber Einigkeit besteht, dass wir, nicht nur aufgrund einer möglichen Aussetzung der Wehrpflicht, das bürgerschaftliche Engagement stärken wollen. Zurzeit gibt es beispielsweise noch zu viele junge Frauen und Männer, die gerne einen Freiwilligendienst absolvieren würden, aber schlicht und ergreifend keinen Platz erhalten. Das muss sich ändern. Vor diesem Hintergrund ist die längst überfällige Debatte, wie wir freiwilliges Engagement in unserem Land für möglichst viele Menschen attraktiv gestalten können, die Ministerin Schröder mit ihrem Vorstoß ausgelöst hat, ein Schritt in die richtige Richtung.

In diesem Zusammenhang ist zu klären, wie ein kohärentes Konzept zur Engagementförderung am besten ausgestaltet werden sollte. Allein wenn man sich vor Augen führt, dass im Jahr 2009 rund 38.000 Freiwilligendienstplätze mithilfe von 53 Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundesfamilienministeriums gefördert wurden, stellt sich die Frage, warum ein bundesweiter freiwilliger Zivildienst mit 35.000 Plätzen ein Vielfaches kosten und eine komplett neue Struktur aufgebaut werden muss, die möglicherweise die bestehenden Strukturen des FSJ/FÖJ verdrängt. Auch der Bund kann angesichts der Folgen der internationalen Wirtschaftskrise noch lange nicht aus dem Vollen schöpfen. Im Gegenteil: Der Bundeshaushalt 2011 ist von der Krise schwer gezeichnet. Im Sinne der Generationengerechtigkeit muss die Neuverschuldung zwingend zurückgeführt werden. Für mich als jugendpolitischem Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ist auch klar, dass Doppelstrukturen und Konkurrenzsituationen im bisher hervorragend funktionierenden Freiwilligendienstsystem möglichst minimiert werden sollten.

Wie genau eine weitere Stärkung von freiwilligem bürgerschaftlichen Engagement – gerade von jungen Menschen – erreicht werden kann, wird also noch zu klären sein. Zuerst muss die grundlegende Entscheidung der Aussetzung der Wehrpflicht

getroffen werden, um einen belastbaren Planungshorizont zu erhalten. Es ist genügend Zeit, nun über mögliche Strukturen zur Stärkung von bürgerschaftlichen Engagement unter Einbezug aller Beteiligten, des Bundes, der Länder und der Träger, zu diskutieren. Diese Diskussion sollten wir sachlich, offen und ehrlich miteinander führen.

Florian Bernschneider, MdB FDP, ist Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement

Kontakt: florian.bernschneider@bundestag.de